

Das neue Selbstbewusstsein der Dalits

Proteste, Straßenblockaden, Gewalt, die Gegengewalt erzeugt. In den vergangenen Wochen haben zigtausende Dalits für Chancengleichheit und ein Ende der Diskriminierung demonstriert. George Arickal macht in den Ereignissen ein neues Selbstbewusstsein der seit Jahrtausenden unterdrückten Minderheit aus.

Ich habe einen Traum, dass eines Tages die Söhne von früheren Sklaven und die Söhne von früheren Sklavenbesitzern auf den roten Hügeln von Georgia sich am Tisch der Bruderschaft gemeinsam niedersetzen können.

Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht wegen der Farbe ihrer Haut, sondern nach dem Wesen ihres Charakters beurteilt werden“.

Ein Auszug aus der im Jahr 1963 gehaltenen, weltweit beachteten Rede vom Martin Luther King. Darin äußerte der Menschenrechtler die Hoffnung auf ein Ende der Rassentrennung und ein friedliches Zusammenleben von Menschen aller Hautfarben, gleich, wo sie auch lebten. Vor genau 50 Jahren, im April 1968, wurde er auf dem Balkon seines Zimmers im "Lorraine"-Motel in Memphis durch einen gezielten Kopfschuss getötet. Ein Geschworenengericht in den USA stellte im Jahr 1999 fest, dass Martin Luther King einem Mordkomplott zum Opfer fiel, bei dem die amerikanische Regierung, das Militär, sowie das FBI und CIA die Strippen zogen. Für den gleichen Traum von Martin Luther King zahlte genau vor 70 Jahren sein Inspirator Mahatma Gandhi mit seinem Leben. Welche fanatische Kräfte bei diesem schändlichen Attentat an dem Vater der indischen Nation im Jahr 1948 die Strippen zogen, ist inzwischen bekannt; sie leben immer noch unter uns.

Dalits erobern die Straße

Der kürzlich in vielen Bundesländern Indiens aufgeflamte Aufstand der Dalits, der auch von vielen Ureinwohnern (Adivasi) begleitet

und unterstützt wird, zeugt von dem lebendig bleibenden Traum der Unterdrückten nach Anerkennung ihrer Würde und Rechte. Bis vor kurzem zeigten sich die Diskriminierten ohnmächtig, ihre Stimme gegen ihre Unterdrückung offen zu erheben. Nun offenbaren sie mit ihren Boykottaufrufen und Protestdemonstrationen auf den Straßen ein neues Selbstbewusstsein, sich mit vereinter Kraft für ihre Rechte einzusetzen. Ihr spontan ausgerichteter Aufstand in diesen Wochen setzte eine bisher ungekannte Solidaritätswelle in Bewegung. Ihr Protest findet ein breites Echo weltweit, insbesondere unter unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten und Massenmedien in Indien. Die politischen Machthaber Indiens und ein Teil der „höheren Kastenangehörigen“ fühlen sich herausgefordert. Die traurige vorläufige Bilanz ihrer brutalen Reaktion zählte Anfang April elf Erschossene und zahlreiche Verletzte. Nicht der Grund, sondern der Anlass zum diesem Aufstand der Dalits ist ein Urteil des Bundesgerichts Indiens (Supreme Court) vom 20. März 2018. Mit diesem Urteil wurde ein im Jahr 1989 verabschiedete Gesetz zum besonderen Schutz der Dalits gegen Greuel-taten ((Prevention of Atrocities Act) revidiert und zwar zugunsten der potentiellen Straftäter aus der Reihe der vom Kastendenken infizierten Gesellschaftsschichten, gleich welcher Ideologie oder Religion sie auch angehören.

Permanente Verletzung verbriefter Rechte

Wer die immerwährende Leidensgeschichte und den Kreuzweg der Adivasi und Dalits kennt, wird ihr Anliegen und ihre Forderungen verstehen. Sie gehörten schon immer



George Arickal war vor seiner Pensionierung geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Karl Kübel-Stiftung in Bensheim. Sein Buch „Auf dem Weg zur Einen Welt“ erschien 2002 im Publik-Forum-Verlag, eine erweiterte Edition 2009 unter dem Titel „Meine Heimat ist grenzenlos“.

zu den am meist diskriminierten Bevölkerungsschichten Indiens. Ihre Teilhabe an dem Willensbildungsprozess der Gesellschaft war immer marginal. Diverse Bestimmungen in der im Jahr 1950 proklamierten Verfassung Indiens zielen daher ganz bewusst auf den besonderen Schutz der Rechte und Entwicklung dieser Marginalisierten in der Gesellschaft. Es erwies sich als ein Glücksfall, dass der Hauptarchitekt der indischen Verfassung Dr. Babasaheb Bhimaro Ambedkar selbst ein Dalit war. Eigene Erfahrungen und die von seiner Dalitgemeinschaft erlebte Verachtung, Erniedrigung und Unterdrückung führten ihn zu der Überzeugung, dass in der indischen Verfassung die Grundbasis für eine nachhaltige Entwicklung und Integration der besonders Benachteiligten gelegt werden muss. Er konnte die „Verfassungsväter“ und die damaligen Entscheidungsträger dafür gewinnen. So wurden Bestimmungen und Sonderförderungsklausel aufgenommen, um das Recht der Schwachen verfassungsmäßig zu stärken.

Trotz ihrer weltweit hoch geachteten Verfassung befindet sich die indische Gesellschaft nicht in bester Verfassung. Die Verfassungswirklichkeit ist, dass das Schicksal der Adivasi und Dalits ohne signifikante Veränderungen blieb. Ambedkar stellte fest, dass der „constitutional morality“ keine „social morality“ folgte. Die Diskriminierung der Adivasi und Dalits blieb trotz aller Paragraphen, Quotenregelungen und speziellen Förderungspro-

grammen Teil des Alltags in der indischen Gesellschaft. Tief enttäuscht von der sich fortsetzenden Unterdrückung wechselte Dr. Ambedkar gemeinsam mit vielen Anhängern sogar seine Religion und wurde Buddhist. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, dass ganz spezielle Instrumentarien zum besonderen Schutz der Dalits und Adivasi erforderlich sind. Dies führte im Jahr 1989 zur Verabschiedung eines Gesetzes, wonach die Adivasi und Dalits bei folgenden Strafdelikten besonderen Schutz erfahren sollten:

- jede Art von physischer Gewalt
- illegale Besitznahme ihres Land- und Bodens
- Missachtung wegen der Zugehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe
- expliziter Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben und aus beruflicher Zusammenarbeit
- jede Behinderung bei der Ausübung des Wahlrechts sowie der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen.

Das Ungewöhnliche und das Besondere an diesem Gesetz ist das vorgeschriebene anzuwendende Verfahren. Bei der Anzeige einer Straftat ist die Polizei verpflichtet, die angezeigte Person sofort ohne Voruntersuchungen in Haft zu nehmen. Für eine eventuelle Vorentlassung der verhafteten Person ist allein das höchste Gericht des jeweiligen Bundeslandes (High Court) zuständig. Innerhalb 60 Tage muss die Klageschrift bei einem Sondergericht eingereicht werden. Wenn das Urteil zugunsten des Klägers ausfällt, muss über die Bestrafung des Straftäters hinaus dem Opfer des Delikts Entschädigung durch den Staat in Höhe zwischen 75.000 und 850.000 Rupien gezahlt werden. Dieses ungewöhnliche Sonderverfahren wurde bewusst gewählt um die Vereitelung des Prozesses zu erschweren. Gleichwohl muss zugestanden werden, dass bei dieser Vorgehensweise der Spielraum für Missbrauch groß ist und eventuell manche Unschuldige inhaftiert werden können. Den Gegnern dieses Gesetzes, insbesondere den Fundamentalisten unter den Anhängern des Kastensystems, war dieses Gesetz immer schon

ein Ärgernis und sie nutzten die Gunst der Stunde, das oberste Gericht von der Missbrauchsmöglichkeit dieses Sondergesetzes zu überzeugen. Die gegenwärtige politische Wetterlage in Indien begünstigt den Prozess der allmählichen Rücknahme der rechtlich zugesicherten Privilegien und Fördermaßnahmen für Adivasi, Dalits und andere Minderheiten. Gemäß dem Revisionsurteil vom 20. März 2018 darf die bei einer Beschwerde angezeigte Person erst nach einer behördlichen Vorprüfung des Falles verhaftet werden. Rechtlich ist dies ist durchaus verständlich, doch für die betroffenen Adivasi und Dalits bedeutet dies die Entziehung des rechtlich gewährten Sonderschutzes. Sie befürchten, dass mit dieser Änderung des Verfahrens dem beißenden Gesetz der Zahn gezogen und die Beschwerden vor Erreichung der Sondergerichte in Papierkorb landen würden. Dieser Standpunkt der Dalits ist für jene nachvollziehbar, die sich der Übermacht und der korrupten Methoden sowohl der Straftäter als auch des Machtapparats bei der Strafvereitelung bewusst sind. Viele Solidaritätspartner der Dalits sind der Meinung, dass dieses Urteil eine erhebliche Schwächung des für die besondere Situation der Dalits festgelegten Ausnahmeverfahrens darstellt. Sie gehen sogar davon aus, dass damit der Anfang vom Ende der Sonderrechte für die Marginalisierten gesetzt ist. Sie unterstützen daher die Forderung der Dalits, dass die Zentralregierung eine Revision des revidierten Urteils beim obersten Gericht beantragen muss. Das lange Schweigen der Regierung zu diesem Urteil wurde als Zustimmung brachtet und dies brachte die Dalits auf die Palme und auf die Straßen. Die Zuspitzung der Krise erzwang dann den Revisionsantrag durch Neu Delhi. Mit Spannung wird auf das Ergebnis gewartet.

Vertrauen in die eigene Kraft

Die Zeichen der Zeit sind alarmierend. Rassismus, Antisemitismus, Ausländerhass, Fundamentalismus und Diskriminierung von Minderheiten erleben Renaissance in den meisten Ländern dieser Welt. Indien und Deutschland

machen dabei leider keine Ausnahme. Dies dämpft den Traum für mehr Gerechtigkeit für die meist Benachteiligten. Adivasi und Dalits stellen mit etwa 300 Millionen Menschen 25% der Bevölkerung Indiens. Gemäß der Menschenrechtskommission leben 37% der Dalits in bitterster Armut, manche sind mit Hungertod und Suizid konfrontiert. 54% der Dalits sind dauernd unterernährt. 83 von 1000 Neugeborenen sterben vor Erreichung des ersten Lebensjahres. 80% der Dalits und Adivasi besitzen kein Land. Sie erzielen ihr karges Einkommen als landlose Arbeiter auf den Plantagen, in der Landwirtschaft und als Putzpersonal. Der Irrglaube an die „Unberührbarkeit“ verhindert die Teilnahme von Dalitkindern an gemeinsamen Mahlzeiten in 38% der öffentlichen Schulen. Sie dürfen die sanitären Anlagen vieler Schulen nicht mitbenutzen. Millionen von Dalits bleibt die Nutzung der öffentlichen Wasserversorgung verwehrt. Alle 18 Minuten wird jeweils ein Dalit attackiert, jeden Tag werden 3 Dalit-Frauen vergewaltigt. Dies geschieht trotz der Existenz des Gesetzes zu ihrem besonderen Schutz; kaum auszudenken, was geschähe, wenn solche Sonderrechte entzogen werden.

Die Dalits haben inzwischen die Wölfe im Schafpelz erkannt. Die als ihre Schutzmächte aufspielende politischen Parteien waren von der Eigeninitiative der Dalits völlig überrascht und von deren Distanzierung enttäuscht. Neue Führungskräfte der Dalits besinnen sich auf die eigene Kraft und setzen auf Solidaritätspartner, die sie nicht instrumentalisieren. Studenten und Jugendliche übernehmen wichtige Aufgaben bei diesem Befreiungsprozess; dabei setzen sie moderne Soziale Medien ein. Sie haben es geschafft, die Stimme der Dalits unüberhörbar zu machen. Ihr erstarktes neues Selbstbewusstsein trägt dazu bei, die Gesellschaft gerechter zu machen. Wir haben die Chance und die Pflicht an der Realisierung dieses Traums mitzuwirken. ■